

Russland Der Kreml inszeniert Präsidentschaftswahlen – das Volk spielt mit

Politregisseur Wladimir Putin

Wladimir Putin darf sich in einem Jahr, am 3. März 2008, nicht mehr für das Amt des Präsidenten zur Wahl stellen. Was nach ihm aus Russland wird, weiss niemand. Aber das hat System.

Christian Weisflog, Moskau

«Putin ist der beste Präsident der Welt», schreit die Radiöhörerin in den Äther. «Das Thema hier ist nun aber seine Nachfolge. Kapierten Sie denn nicht, in einem Jahr ist er weg», fährt der Moderator von «Echo Moskwa» sie an. «Putin ist der beste Präsident der Welt», wiederholt diese unbeirrt. So enthusiastisch spricht in Russland zwar nur eine Minderheit über ihren Präsidenten, aber trotzdem unterstützen ihn seit Jahren mehr als 60 Prozent der Bevölkerung. «Die Bürger verstehen, dass es in der russischen Politik keine andere Institution gibt, der man vertrauen könnte. Wenn sie Putin das Vertrauen versagen, befürchten sie das Chaos, aber das möchten sie nicht», erklärt Lilija Schewzowa, Experte für russische Politik am Moskauer Carnegie-Zentrum.

Auf alte Mitstreiter gesetzt

Auch im Kreml herrsche Angst vor Alternativen: «Konkurrenz wird nicht geduldet, weil damit der Elite jederzeit das Eigentum entwendet werden könnte. Das System basiert daher auf einem Pakt, nachdem jene an die Macht kommen, die das Eigentum und die alten Spielregeln gewährleisten», so Schewzowa. Von seinem Vorgänger Boris Jelzin als Kronprinz eingesetzt, fand der ehemalige KGB-Agent Wladimir Putin ausgezeichnet in seine Rolle als Stabilisator, wie er sie verstand. Kontinuierlich setzte er seine Leute aus Geheimdienstkreisen und ehemalige Mitstreiter aus dem Petersburger Rathaus an die Schaltelhebel der Macht. Er brachte das Fernsehen unter Kontrolle und schaffte 2004 die Gouverneurswahlen ab. Die regionalen Führer ernennet nun der Präsident. Putin formierte ein System der personifizierten Macht, das die wirtschaftlichen Interessen der Elite garantiert, ein System, in dem es nur einen Schiedsrichter, nur einen Garanten für Stabilität, Recht und Ordnung geben kann: den Präsidenten. L'état – c'est moi!

Nach Putins Wiederwahl 2004 wurde deshalb viel über eine mögliche dritte Amtszeit des Präsidenten spekuliert, die allerdings eine Verfassungsänderung erfordern würde. Putin selbst beteuert immer wieder, er wolle dies nicht. «Die



Wladimir Putin hat in Russland während seiner Amtszeit ein System aufgebaut, in dem es nur einen Schiedsrichter gibt: ihn selber. (key)

Chance einer dritten Amtszeit ist äusserst gering», sagt der ehemalige Jelzin-Berater Georgij Satarow. Putin habe genug Geld verdient und wolle jetzt nur noch Oligarch sein, meinen böse Zungen wie der Politologe Stanislaw Belkowskij. Andererseits fürchten der Präsident und ein Teil der Elite wohl auch Sanktionen durch den Westen.

Kandidaten ins Spiel gebracht

Die Diskussion um eine dritte Amtszeit ist jedoch in den Hintergrund gerückt. Mit der Ernennung von Verteidigungsminister Sergej Iwanow zum stellvertretenden Ministerpräsidenten im Nebenamt und vom Leiter der Präsidialverwaltung Dmitrij Medwedew zum Ersten Vizepremier nahm ihr Putin im

November 2005 die Spitze. Die beiden gelten in der russischen Presse seither als aussichtsreichste Kandidaten und Konkurrenten auf die Präsidentschaft.

Regisseur Putin hat die Rollen offensichtlich nicht zufällig verteilt: Der studierte Philologe Iwanow gilt in den Medien aufgrund seiner KGB-Vergangenheit als Hardliner. Dem 41-jährigen Juristen Medwedew werden hingegen liberale Überzeugungen nachgesagt. Dabei wird jedoch leicht vergessen, dass beide «Konkurrenten» enge Vertraute von Präsident Putin sind, die laut Schewzowa gemässigte Positionen vertreten. Der 54-jährige Iwanow arbeitete mit Putin bereits zu Sowjetzeiten in derselben KGB-Abteilung. Wie Putin gehörte auch Medwedew in den 90er Jahren

zur Mannschaft des Petersburger Bürgermeisters Anatolij Sobtschak.

Aber die Bürger sind offensichtlich bereit, mitzuspielen und einen Mann von Putins Gnaden zu wählen: Von den Russen, die zur Urne schreiten wollen, sprechen sich laut den neuesten Umfragen 32 Prozent für Medwedew und 27 Prozent für Iwanow aus. Von den anderen möglichen Kandidaten kann einzig der Kommunistenchef Gennadij Sjaganow einigermassen mithalten. Die Vertreter der demokratischen Opposition kommen über drei Prozentpunkte nicht hinaus. Demokratische Politiker und ihre Standpunkte werden heute im russischen Fernsehen mehrheitlich ignoriert und auch diskreditiert. Aber obwohl sie in die Enge gedrängt werden, bleiben die Demokraten bis heute zerstrittene Einzelkämpfer. Auch die Einigungsversuche des ehemaligen Schachgrosmeisters Garri Kasparow tragen bisher keine wirklichen Früchte.

Iwanows Chancen steigen

Derweilen sollen hinter Medwedews Kandidatur bereits einflussreiche Gönner stehen: Laut dem Politologen Belkowskij handelt es sich unter anderem um Chelsea-Eigner Roman Abramowitsch und den früheren Leiter der Präsidialverwaltung Alexander Woloschin. Ob es Iwanow hingegen gelingen wird, die Hardliner zu integrieren, gilt als unsicher. Er soll sich mit der grauen Kreml-Eminenz Igor Setschin, der als gewichtiger «Falke» gilt, nicht gut verstehen. Nachdem Präsident Putin den Verteidigungsminister Iwanow Mitte Februar zum zweiten Ersten Vizepremier neben Medwedew befördert hat, sind seine Chancen aber wieder gestiegen. Die Misshandlungen junger Rekruten in der Armee hat er nun nicht mehr zu verantworten und kann sich ganz der Rüstungsindustrie und der Entwicklung einer «innovativen Wirtschaft» widmen.

Iwanows Beförderung kam just in dem Moment, als Medwedew ihm in den Umfragen zu erteilen drohte. Will Putin aber die Kontrolle nicht verlieren, muss er sich bis kurz vor den Wahlen alle Alternativen offen halten. So hat der Präsident die Medien etwa daran erinnert, dass auch ein dritter, bisher unbekannter Kandidat sein Nachfolger werden könnte. «Es kann schnell gehen in Russland», sagt Oleg Panfilow vom Zentrum für Journalismus in Extremsituationen.

Vermutlich wird der Präsident seinen Favoriten erst nach den Parlamentswahlen im Dezember nennen. Wohin er Russland in Zukunft führt, hängt nicht so sehr von seiner Person, sondern von den Energiepreisen ab, sagt Schewzowa: «Sind sie hoch, gibt es keinen Reformdruck, sind sie tief, besteht die Chance für Veränderungen.»

Venezuela

Verstaatlichung der Ölindustrie

Venezuelas Staatspräsident Hugo Chávez hat in Caracas ein Dekret zur Verstaatlichung der Ölindustrie seines Landes unterzeichnet.

Die Öffnung des Ölsektors für ausländisches Kapital in den 90er Jahren sei unheilvoll gewesen, sagte der Linksnationalist Chávez bei der Unterzeichnung des Dekrets am Montagabend in der Hauptstadt Caracas. Dieser letzte Verstaatlichungsschritt im Ölsektor betrifft die Fördergebiete im Orinoco-Streifen im Westen des Landes. Ausserdem kündigte Chávez eine militärische Besetzung der Ölfelder zum 1. Mai an. Gemäss dem Dekret müssen ausländische Firmen, die im Orinoco-Streifen tätig sind, eine Umwandlung in Joint-Venture-Unternehmen akzeptieren, bei denen der Staat die Kapitalmehrheit halten wird. Zu den betroffenen Firmen gehören die US-Gesellschaften Exxon Mobil, Chevron und Conoco-Phillips sowie die französische Total, British Petroleum und Statoil aus Norwegen.

«Das Erdöl gehört allen»

Ausschüsse zur Vorbereitung dieser Umwandlungsprozesse sollen laut Chávez schon diese Woche gebildet werden. «Die Privatisierung ist zu Ende. Das ist die wahre Nationalisierung des Erdöls, das Erdöl gehört allen Venezolanern», sagte der Präsident. Chávez hatte zuvor bereits versprochen, dass Arbeiter und Angestellte der ausländischen Firmen auf keinen Fall in Mitleidenschaft gezogen werden sollen. Die Firmen, die mit den neuen Gesetzen einverstanden seien, könnten in Venezuela bleiben. Die gesamte Rohölförderung im Orinoco-Streifen beträgt zurzeit 600 000 Barrel (je 159 Liter) pro Tag. In dem 600 Kilometer langen und 70 Kilometer breiten Streifen parallel zum Orinoco-Fluss werden die grössten Ölreserven der Welt vermutet. Die Regierung in Caracas spricht von 1370 Milliarden Barrel. (dpa)

Darfur

Moreno-Ocampo benennt Schuldige

Der Staatsanwaltschaft des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag hat einem sudanesischen Minister und einem Milizenführer Kriegsverbrechen in der sudanesischen Krisenprovinz Darfur vorgeworfen. Die beiden hätten «gemeinsam Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in Darfur» verübt, sagte Staatsanwalt Luis Moreno-Ocampo gestern. Der derzeitige Minister für humanitäre Angelegenheiten im Sudan, Ahmed Mohammed Harun, war dem Bericht zufolge in der untersuchten Zeit für Darfur zuständig. Milizenführer Ali Koscheib, auch Ali Mohammed Ali genannt, soll sich an den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen der vergangenen vier Jahre beteiligt haben. Harun und Koscheib sind die ersten mutmasslichen Mittäter, die sich vor der internationalen Justiz wegen der Verbrechen in Darfur verantworten müssen.

Sudan anerkennt Gericht nicht

Moreno-Ocampo sprach von «angemessenen Gründen» dafür, dass die beiden Männer wegen 51 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt werden könnten. Dazu zählten Mord, Vergewaltigung und Folter, die zwischen August 2003 und März 2004 im Westen Darfurs verübt worden seien. Die Richter in Den Haag müssen nun die Beweise untersuchen und darüber entscheiden, ob sie die Angeklagten aus dem Sudan vorladen oder internationale Haftbefehle gegen die Männer ausstellen. Der Sudan bestritt erneut die Zuständigkeit des IStGH. Die sudanesische Justiz sei selbst in der Lage zu urteilen, sagte Justizminister Mohammed Ali al-Mardi in Chartum. Sie werde diejenigen verurteilen, «die in Darfur Verbrechen begangen haben». (afp/dpa)

Italien Sergio Romano spricht in Zürich über die politische Situation nach Prodis Rücktritt

Besser eine zweite Chance als Neuwahlen

Vor der Entscheidung über eine zweite Regierung Prodi hat der Kommentator Sergio Romano in Zürich über die Lage in Italien gesprochen.

Für Beobachter der italienischen Innenpolitik gibt es derzeit wahrlich genügend Stoff: Letzte Woche ist Romano Prodi als Ministerpräsident zurückgetreten, heute Mittwoch stellt er im Senat die Vertrauensfrage für eine zweite Regierung. Mit Sergio Romano – Historiker, ehemaliger Diplomat und politischer Kommentator des «Corriere della Sera» – sprach gestern Abend in Zürich eine der profiliertesten Stimmen Italiens über die derzeitige Lage im Stiefelland.

Für ihn hat es seine Richtigkeit, dass Prodi jetzt nach alter und schon fast begraben geglaubter Tradition eine zweite Chance erhält. Denn Neuwahlen, so Romano, wären mit dem aktuell geltenden Wahlgesetz eine schlechte Alternative.

Das Resultat wäre dasselbe wie bei den Wahlen des Frühjahrs 2006, also prekäre Mehrheitsverhältnisse im Senat. Romano fordert denn auch vehement ein neues Wahlgesetz. Am besten nach französischem Muster, mit einem eindeutigen Mehrheitswahlrecht und höheren Prozenthürden für den Eintritt ins Parlament. Der auf Einladung der Associazione Svizzera per i rapporti culturali ed economici con l'Italia in Zürich weilende Romano ist aber überzeugt: «Zu einem neuen Wahlgesetz kommt es erst, wenn Prodi aufs Äusserste erschöpft ist.»

Für Romano war Prodis Rücktritt letzte Woche nicht zwingend. Gut und gerne hätte er nach der Niederlage über das italienische Engagement in Afghanistan die Vertrauensfrage stellen können – ein Mittel, von dem Prodi in seiner bisherigen neunmonatigen Amtszeit schon diverse Male Gebrauch gemacht hat. Doch Prodi habe diesmal seine heterogene Koalition zur Ordnung aufrufen wollen und nur den Weg des Rücktritts als diesem Ziel zuträglich erachtet.

Das wahre Übel sei das politische System Italiens sowie die veraltete Verfassung. Das System favorisiere kleine Parteien, die in Zeiten der Entscheidung sogar wichtiger als grosse Parteien seien. Eine italienische Anomalie stelle beispielsweise die Finanzierung der Parteien dar, die dazu animiere, eine eigene Partei zu gründen, auch wenn diese nur aus der eigenen Person besteht. Die in wesentlichen Teilen antikapitalistische Verfassung aus der unmittelbaren Nachkriegszeit sei nicht mehr zeitgemäss.

Entwicklung nach 1992 beklagt

Nach der Überzeugung Romanos kann ein herrschendes System nur dann begraben werden, wenn die «Mächtigen in die Knie gezwungen sind». Diese Chance sei nach Mani pulite und dem Zusammenbruch der ersten Republik mit ihrer Parteienherrschaft 1992 verpasst worden. Zwar konnten – mehr schlecht als recht – zwei Blöcke rechts und links der Mitte entstehen, doch gerade der Schöpfer des neuen Systems,

Silvio Berlusconi, sei in fataler Weise zu dessen Zerstörer geworden. Indem Berlusconi sich weigerte, den Interessenskonflikt zwischen industrieller, medialer und politischer Macht zu lösen, habe er den Weg für Reformen verbaut. Zur Veranschaulichung zog Romano die Verfassungsreform herbei, die mehr Föderalismus, mehr Macht für den Premier und andere berechnete Desiderata gebracht hätte. Diese Vorlage wurde 2006 an der Urne bachab geschickt. Denn die Stimmung war gegen alles, was von Berlusconi kam. So bezahle Italien letztlich für Berlusconis Gesetze ad personam mit einem Defizit an Reformen.

Wie präsentieren sich die Chancen für eine zweite Regierung Prodi? Nicht allzu gut, sagt Romano. Zwar verpflichtete Prodi seine Koalitionspartner auf ihm wichtige zwölf Punkte. Doch laut Sergio Romano muss man sich keiner Illusion hingeben: Prodis unzuverlässige Partner werden ihn, sobald eines ihrer Kernanliegen betroffen ist, wieder im Regen stehen lassen. (msc)